

Ansprache von Prof. Dr. Michael Winkler
auf der Demonstration gegen Studiengebühren in
Jena am 3. Februar 2005

Meine Damen und Herren,
liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen

zuweilen hat man Mühe, sich von Zynismus und Polemik fern zu halten. Das Thema Studiengebühren reizt unweigerlich dazu, weil es doch nur ein weiteres Moment in der Zerstörung der deutschen Universität darstellt, die eben von einer Kaste wildgewordener Politiker betrieben wird. Von Politikern, die man schon einmal fragen müsste, wie sie eigentlich – wenn sie das denn taten – ihre Ausbildung finanziert haben; hatten sie vielleicht schon früher einträgliche Nebeneinkünfte?

Aber ich wollte nicht polemisch werden. Deshalb ein paar faktenorientierte Überlegungen zuerst, vor den grundsätzlichen – und natürlich sind andere Einwände denkbar.

- Erstens: Das Bundesverfassungsgericht hat keine Entscheidung über die Zulässigkeit und Sinnhaftigkeit von Studiengebühren getroffen. Es hat nur darüber geurteilt, dass dem Bund in dieser Sache keine gesetzgeberische Kompetenz zukommt. Dass so mancher Länderfürst daraus eine Maxime zur Einführung von Studiengebühren abliest, kann nur als dreist bezeichnet werden. Es bleibt mindestens ungeklärt, ob die Studiengebühren tatsächlich in Einklang mit dem durch die Verfassung gedeckten Recht auf freie Wahl von Ausbildung und Beruf stehen. Dies wäre noch zu prüfen – zunächst juristisch, dann im Blick auf die empirischen Daten, die eine massive Spaltung der deutschen Gesellschaft gerade im Blick auf Bildungschancen und Bildungsbeteiligung festhalten. Solange wir uns sagen lassen müssen, dass das deutsche Bildungssystem junge Menschen aus den unteren sozialen Schichten klar und nachhaltig benachteiligt, darf keinerlei zusätzliche Verschärfung dieser Situation erfolgen.
- Zweitens: Wenn Universitäten in Zukunft mit spezifischen Studienangeboten sogenannte Alleinstellungsmerkmale erreichen wollen, dann kann eine Einführung von Studiengebühren dazu führen, dass junge Menschen von diesen Studiengängen ausgeschlossen werden. Dies ist dann ein glatter Verstoß gegen das Grundgesetz – von den jetzt sich abzeichnenden unterschiedlichen Länderregelungen einmal ganz abgesehen.
- Drittens: Ein Argument für die Einführung von Studiengebühren lautet, dass Akademiker ein höheres Einkommen erzielen – und zwar auf Kosten jener, die keine universitäre Bildung erleben. Dies ist vordergründig richtig und gleich doppelt falsch. Es trifft ja zu, dass *alle* die Universitäten finanzieren, wie wir alle auch Autobahnen, Atomkraftwerke und eine Armee finanzieren. Falsch ist das Argument aber, weil in der Bundesrepublik die Differenzen im Einkommen von akademisch Gebildeten und jener, die das nicht sind, deutlich geringer ausfallen, als dies in den USA der Fall ist; hinzukommt, dass längst andere sogenannte Privilegien von – wie sie so schön heißen – „Studierten“ abgeschafft wurden – man denke an die Anrechnung von Studienzeiten auf die Altersversorgung. Studiengebühren führen also zur Verschärfung der sozialen Spaltung in dieser Gesellschaft, weil sie vor allem jene Gruppe treffen, die als sogenannte Mittelschicht stets oberhalb aller Bemessungsgrenzen für staatliche Transferleistungen steht. Etwas zynisch formuliert: Die Armen, für die Stipendien ausgelobt werden, kommen ohnehin nicht an die Universität, die Reichen haben kein Problem damit. Getroffen werden aber diejenigen, die gegenwärtig ihre Kinder an Universitäten gerade noch, aber immerhin aus eigener Leistung schicken können. Falsch ist das Argument jedoch auch im Grundsatz, weil das Solidarprinzip einer Gesellschaft stets bedeutet, dass man durch Steuern Dinge bezahlt, die man selbst nicht in Anspruch nimmt. Wer nun hier dreht, tritt eine Lawine los, die in eine katastrophale Desintegration führt. Warum sollen Menschen ohne Kinder für Familien zahlen? Warum sollen junge Menschen Aufwendungen für die Versorgung alter Menschen mit tragen? Sol-

che Fragen sind natürlich absurd – aber sie stellen sich zwangsläufig in der Logik, mit der für Studiengebühren argumentiert wird. Studiengebühren sind ein Element der Aufhebung von Solidarität, Studiengebühren zerstören die gemeinsame Trägerschaft gesellschaftlicher Aufgaben.

- Hinzu kommt viertens: Selbst wenn Studiengebühren über Darlehen finanziert werden sollten, erzeugen sie einen für die Bundesrepublik geradezu tödlichen Effekt. Die Rückzahlung dieser Darlehen fällt nämlich in eine Lebensphase, in der Familien begründet werden. Massive finanzielle Lasten, Schulden, verhindern dies. Schon heute wissen wir, dass insbesondere akademisch gebildete Frauen auf die Gründung von Familien verzichten. Dieser Verzicht wird zunehmen. Studiengebühren sind also in ihren Folgen für die Lebensführung familienfeindlich; sie werden den ohnedies schon hochproblematischen Geburtenrückgang in der Bundesrepublik noch einmal beschleunigen.
- Fünftens: Einige Hochschulen begrüßen Studiengebühren, weil sie hoffen, durch diese Einnahmen ihre finanzielle Situation zu verbessern. Gegen eine solche Hoffnung sprechen sämtliche Befunde auch die etwa des CHE¹. Wo immer Universitäten auf Gebührenfinanzierung umgestellt worden sind, reduzierte der Staat im gleichem Umfang seine Förderung. Für Hochschulen bleiben Studiengebühren ein Nullsummenspiel, meist sogar ein Verlustgeschäft, weil der Verwaltungsaufwand noch zu Lasten der Universitäten geht.

Soweit ein paar faktenorientierte Überlegungen. Neben sie will ich einige prinzipielle stellen. Sie werden vielleicht erwarten, dass ich davor warne, eine Ökonomisierung der Hochschulen könnte das Aus für die Geisteswissenschaften bedeuten. Ich bin hier etwas weniger besorgt. Viel haben die Geisteswissenschaften ohnedies nicht zu verlieren – Vernunft ist ja im Prinzip relativ billig zu haben. Studiengebühren könnten sogar einen heilsamen Effekt erzeugen, nicht nur, weil die Zahlen der einschlägig Studierenden auf ein erträgliches Maß zurückgehen. Vielmehr müssen Universitäten begreifen, dass die ungeliebten Geisteswissenschaften schlicht das entscheidende Geld einbringen. Studiengebühren bringen wahrscheinlich den Geisteswissenschaften einen Gewinn – da neben das törichte Kriterium der eingeworbenen Drittmittel nun endlich tritt, dass Lehre, dass die Attraktivität von Hochschullehrern, das Ansehen ihrer Publikationen in der Öffentlichkeit wichtige Faktoren für den Bestand der Universitäten darstellen. Man muss schon einmal festhalten: Ein Hans Georg Gadamer² oder ein Niklas Luhmann³ haben niemals Drittmittel eingeworben, aber sie haben Studierende aus der ganzen Welt angezogen. Universitäten müssen daher angesichts von Studiengebühren neu darüber nachdenken, ob sie ihre Hochschullehrer als wichtige Personen und Persönlichkeiten bewerten und nicht bloß danach, ob sie denn nun 50.000 Euro im Jahr an Forschungsgeldern heranschaffen.

Gleichwohl: Als Geisteswissenschaftler habe ich gelernt, über den Tellerrand zu sehen. Deshalb mache ich mir Sorgen um den Bestand vor allem der Grundlagenforschung in den Naturwissenschaften. Werden nämlich Studiengebühren verlangt, werden Ausbildungs- und Berufsorientierung des Lehrangebots zum Maßstab; wer Studiengebühren zahlt, will etwas dafür haben, was er selbst in klingende Münze umsetzen kann. Bei den Geisteswissenschaften ist der Erwartungsdruck weniger groß – nicht zuletzt, weil die Schulung der Vernunft offensichtlich ziemlich moderne Menschen hervorbringt, die an den erstaunlichsten Plätzen der Gesellschaft ihr Auskommen finden. Anders sieht das in den Naturwissenschaften aus. Hier wird die Grundlagenforschung zerstört. Denn mit dem Wissen um schwarze Löcher oder negative Materie lassen sich kaum Berufskarrieren begründen. Wer wird sich aber mit solchen Fragen noch abgeben wollen? Wer wird vor allem bereit sein, dafür Studiengebühren zu zahlen, wenn er sich nicht sicher kann, ob er damit in der Berufswelt erfolgreich sein wird – und das muss er ja, damit sich der Aufwand gelohnt hat, die Schulden getilgt werden können?

¹ CHE = Centrum für HochschulEntwicklung (<http://www.che.de>)

² Hans-Georg Gadamer (1900-2002) Philosoph

³ Niklas Luhmann (1927-1998) Soziologe

Schon im Blick auf Grundlagenforschung sind Studiengebühren mithin als prekär anzusehen. Katastrophal aber sind sie für das Selbstverständnis und die entscheidende Leistung von Universitäten. Universitäten wurden in der europäischen Tradition etabliert, um die Grundlagen unseres Weltwissens von Natur zu sichern, dann, um zu verstehen, wie Gesellschaften und Kulturen, wie menschliche Praktiken funktionieren, nicht zuletzt um den normativen Horizont zu bestimmen, in welchem wir als freie Subjekte agieren. Universitäten wurden aber vor allem eingerichtet, um die Aufgabe einer Aufklärung und Kritik von Gesellschaft zu leisten; sie müssen kritische Beobachter von Gesellschaft und Kultur sein, Reflexion ermöglichen und leisten.

Selbstbewusste Gesellschaften finanzieren diese kritische Instanz, weil sie verhindern wollen, dass Macht, dass Techniken der Beherrschung die Überhand gewinnen; selbstbewusste, demokratische Gesellschaften wissen um die Notwendigkeit von Instanzen, mit welchen sie sich selbst kontrollieren können, in welchen Kritik auf Dauer gestellt ist. Diese Aufgabe der Universität, zur Kritik zu befähigen und Kritik zu leisten, diese Aufgabe kann sie jedenfalls nicht mehr wahrnehmen, wenn Studierende Geld für ihre Ausbildung zahlen – um ein Studium geht es da gar nicht mehr, erst recht nicht um Kritik, sondern um eine rigide Ausbildung. Denken wird dann nur noch nach danach bemessen, ob es für einen Abschluss taugt.

Vor allem in den Kreisen der Wirtschaftsverbände wird das gelobt; sie sagen, dass so die Universitäten endlich zu Dienstleistungsagenturen werden. Für viele Studierende scheint dies ein attraktives Argument für Studiengebühren zu sein – man sollte sich nichts vormachen: Wer zahlt, schafft auch an, denkt sich die eine oder der andere.

Doch das hat Folgen. Zum einen wird damit eine Leistung der Universität, nämlich die Prüfung schlicht unmöglich. Das wäre ungefähr so, wie wenn Sie ein Auto kaufen, den Preis dafür zahlen, der Verkäufer aber dann sagt, dass sie das Auto nicht bekommen, weil sie kein guter Fahrer sind. Kurz und gut: man muss sich entscheiden, ob man Dienstleistung will oder eine Lehrkultur mit Prüfungen, die aussagefähig sind. Gekaufte Prüfer taugen wenig – das ist wie bei Schiedsrichtern. Das für teures Geld erkaufte Zeugnis taugt noch weniger. Studiengebühren erzeugen eine Form systematischer Korruption, die den paradoxen Effekt hervorruft, dass niemand mehr den Prüfungen vertraut. Sie kaufen etwas, was am Ende nichts mehr wert ist.

Die andere Folge ist noch gravierender: Wer Universität mit Dienstleistung identifiziert, begeht einen Kategorienfehler: Denn: nicht um *Dienstleistung* kann und darf es gehen, sondern um eine gemeinsam getragene *Verantwortung*. Verantwortung für Lernprozesse, Verantwortung vor allem dafür, dass Bildung möglich wird, Bildung, in der zur Selbständigkeit angeregt wird, Bildung, in der schon als selbständige anerkannte Subjekte in einer Gemeinschaft von Lernenden und Lehrenden um Einsicht ringen, sich darum bemühen, dem ein wenig auf die Spur zu kommen, was mit dem Begriff der Wahrheit benannt wird. Bildung, die sich bewusst ist, dass sie auf Öffentlichkeit angewiesen ist, insofern zugleich auch Verantwortung dafür übernimmt, dass eine solche kritische Öffentlichkeit bestehen kann, in der Wahrheit ausgehalten wird.

Dafür muss eine Gesellschaft hinreichende Mittel zur Verfügung stellen; wenn sie dies nicht tut, wenn sie vielmehr die Einzelnen zwingt, Lehrleistungen zu kaufen, dann verrät sie nicht nur einen Krämergeist. Sie zeigt vielmehr, dass es ihr um Vernunft und Kritik, um Wahrheit vor allem nicht geht – vielleicht ist das die letzte, bittere Wahrheit, mit der wir Abschied nehmen müssen von der großen Idee der Universität. Aber so leicht sollten wir das niemandem machen – darum plädiere ich für Widerstand.